

# mitte drin

Ausgabe 11 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Der Mietendeckel gegen Verdrängung und Ausverkauf der Stadt

**A**ngesetzt war eine Sondersitzung des Koalitionsausschusses mit drei Stunden, zum Schluss wurden es drei Verhandlungstage mit ungezählten Stunden. Leicht haben wir es uns in der Koalition nicht gemacht mit dem Mietendeckel. In der Tat lagen die Positionen zu Beginn dieses Marathons teilweise weit auseinander.

Aber allen in den Verhandlungsdelegationen war klar, dass es um das wahrscheinlich wichtigste Projekt dieser Legislaturperiode geht: um einen harten Stopp der Mietpreisspirale, die für viele in Berlin das größte soziale Problem unserer Zeit darstellt. Mit der Schaffung von Mietobergrenzen verbinden wir die Hoffnung, dass die Spekulant Rallye der letzten Jahre gebremst wird und Berlin nicht mehr der Hot-Spot der Immobilienhaie dieser Welt ist.

Alle Partner\*innen haben sich nach vielen Auszeiten und Telefonkonferenzen aufeinander zu bewegt, Rot-Rot-Grün ist handlungsfähig. Trotz mancher Kompromisse ist

hier ein deutschlandweit und international ambitioniertes Mietpreisgesetz entstanden, das schon jetzt Nachahmer findet. Mehrere Bewährungsproben stehen noch an: zunächst muss es im Abgeordnetenhaus beschlossen, parallel müssen bereits die Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen werden. Zwischen 200 und 250 neue Verwaltungsstellen werden notwendig sein, um die Anträge abzuwickeln und Gesetzesverstöße zu ahnden. Nur ein wirksames Gesetz hilft auch den Mieterinnen und Mietern.

Den härtesten Test hat unser Mietendeckel wohl vor den Gerichten zu bestehen: sowohl die Immobilienwirtschaft als auch CDU und FDP haben bereits Klagen angekündigt. Auch wenn wir mit dem Gesetz Neuland betreten, stand möglichst starke Rechtssicherheit immer im Fokus. Entscheiden wird wohl am Schluss das Bundesverfassungsgericht. Wir sind guten Mutes, dass dieses Gesetz den Menschen in Berlin wieder Luft zum Atmen gibt.



**Tobias Schulze,**

stellvertretender Vorsitzender der Berliner LINKEN und Teil der Verhandlungsdelegation der LINKEN zum Mietendeckel

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Wichtiges Projekt für Berlins Mieter – der Mietendeckel

Der war auch den drei Koalitionären wichtig. Das gab doch Hoffnung, mittels Mietobergrenzen das Spekulantrennen zu bremsen. Für den abschließenden Beschluss schienen drei Stunden ausreichend. Es wurden drei Tage. Was konkret beschlossen wurde, erläutert Tobias Schulze.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Sind Elektro-Roller eine echte Alternative zum Auto?

Ja, sagt Verkehrsminister Scheuer. Und die Realität? Bei uns werden die Roller gern genutzt, auch von Touristen, meist nur mal kurz zum Probieren. Dann stehen die Dinger herum. Oder bleiben liegen, kreuz und quer. Markus Wollina nennt klügere Lösungen.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

### Klimawandel ist Gegenwart – nicht ferne Zukunft!

Am 20. September erlebte unser Land die bisher größte Klima-Demonstration. Veränderungen sind unverkennbar, machen vielen Menschen Angst. Drängende Fragen: Was ist zu tun? Wie geht es weiter? Die Bundesregierung schnürte ein Klima-Paket. Was taugt es?

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

### Basistreffen des Bezirksverbandes der LINKEN Berlin-Mitte

„Auswertung der ostdeutschen Landtagswahlen und erste Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit“

mit Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag  
am 14. November, 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses  
(Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin)

# DIE LINKE.

## Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

**Blick aus dem Amt****„Ich entscheide“**

**Motto, Programm, Fragen, Interviewpartner. Hierüber und über viele weitere Punkte haben Mädchen in Vorbereitung auf den Weltmädchen\*tag in Mitte selbst entschieden und konnten sich im Rahmen ihrer Interessen weitergehend ausprobieren und erproben.**

Der diesjährige Weltmädchen\*tag im Bezirk Mitte fand vor dem Hintergrund des wichtigen Rechts der Selbstbestimmung unter dem Motto „Ich entscheide“ am 11. Oktober in der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Olof-Palme-Zentrum (OPZ) statt. Die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen ist leider immer noch keine Selbstverständlichkeit.

Träger und Organisationen der feministischen Mädchen\*arbeit waren mit Ständen und Aktionen im OPZ vertreten, um auf die Rechte von Mädchen und Frauen aufmerksam zu machen. Neben abwechslungsreichem Bühnenprogramm gab es darüber hinaus wieder einen Polit-Talk, bei dem interessierte Mädchen und Frauen mit Ansprechpartner\*innen aus der Politik ins Gespräch kommen konnten.

Seit 2018 begleitet FUTURE VOICE den Weltmädchen\*tag in Berlin-Mitte mit diesem Polit-Talk und mit einem Magazin, unterstützt von einem kleinen Team jun-



Junge Reporter\*innen beim Interview mit Ramona Reiser

ger Reporter\*innen (aktuell vom John-Lennon-Gymnasium). Die Intention des Magazins ist zum einen, das Engagement der in Berlin-Mitte aktiven Organisationen der feministischen Mädchen\*arbeit darzustellen, zum anderen sollen auch Arbeitsschwer-

punkte und Positionen aus der Politik beleuchtet werden. So entschieden sich die Reporter\*innen für ein Interview mit der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten zum Thema „Geschlechterspezifische Gewalt (häusliche Gewalt, frühe Heirat etc.)“ und besuchten auch mich im Nachgang des Weltmädchen\*tages, um mit mir über Räume für Mädchen und junge Frauen zu sprechen.

Im Jugendalter ändert sich das Freizeitverhalten und damit ist der oft geäußerte Wunsch nach explizit geschlechtsspezifischen Angeboten festzustellen. Immer wieder als Bedarf wird außerdem mobile Kinder- und Jugendarbeit mit dem Schwerpunkt Mädchen\*arbeit formuliert, da es vor allem für Mädchen sehr schwierig bis gar nicht möglich ist, Aneignungsräume im öffentlichen Raum zu besetzen.

Es gibt viel zu tun und die jungen Reporter\*innen werden sicherlich auch nächstes Jahr kritisch nachfragen.

**Ramona Reiser,**  
Stadträtin für Jugend, Familie  
und Bürgerdienste

**Aus der BVV****Diskussion über die Catcherwiese**

**Im Oktober diskutierte die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte 1 ½ Stunden über die Catcherwiese. Bei dieser Wiese handelt es sich um eine Grünfläche, die im Jahr 2009 als Sportfläche aufgegeben werden musste.**

Seitdem hat sie sich in ein Biotop und einen Rückzugsraum für gefährdete Arten entwickelt und stellt 75 Prozent der Grünflächen im Volkspark Rehberge dar, die einen hohen Grad an biologischer Vielfalt aufweisen. Das bedeutet, dass die Catcherwiese eine große Anzahl an unterschiedlichen Pflanzen- und Insektenarten beheimatet, die in den restlichen Rehbergen kein zu Hause gefunden haben. Damit steht die Catcherwiese gegen den Trend der abnehmenden Artenvielfalt in Berlin und weltweit.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch einen Antrag der CDU, die die Catcherwiese wieder zu einer Sportfläche machen wollte. Obwohl der Antrag nach langen Diskussionen im Sportausschuss und im

Umweltausschuss abgelehnt worden war, versuchten CDU und SPD ihn mit weiteren Änderungsanträgen in der BVV doch noch durchzusetzen. Die Änderungsanträge sahen vor, die biologische Vielfalt an andere Orte zu verschieben. Obwohl die Stadträtin für Umwelt Frau Weißler (Grüne) darauf hinwies, dass sich die biodiverse Entwicklung auf der Catcherwiese nicht so einfach an anderen Stellen wiederholen ließe, bestanden SPD und CDU auf ihrem Antrag. Beide Fraktionen lehnten es ab, andere, biologisch weniger wertvolle Flächen in den Rehbergen für den Sport in Betracht zu ziehen und stießen auch dem Sport- und dem Umweltamt vor den Kopf, die sagten, dass sie zusammenarbeiteten, um eine gemeinsame umweltgerechte Lösung für mehr Sportflächen in den Rehbergen zu finden. Zudem befindet sich gerade die Sportentwicklungsplanung in Arbeit, bei der überhaupt erst die Bedarfe für den Sport in den Rehbergen ermittelt werden sollen.

Die BVV lehnte letztlich die Änderungsanträge in geheimer Abstimmung bei 23 Ja- und 27 Nein-Stimmen ab und stimmte auch beim Ursprungsantrag in geheimer Abstimmung mit 30 zu 19 Stimmen für die Ablehnung.

**Andreas Böttger,**  
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE  
in der BVV von Berlin-Mitte

Mehr Informationen auf  
[www.linksfraktion-berlin-mitte.de](http://www.linksfraktion-berlin-mitte.de)

**Die Linke – Fraktion in der BVV  
Mitte von Berlin**

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,  
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65  
[kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de](mailto:kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de)

# Let's Talk About Verwaltung, Baby!

**Die Debatte um den Berliner Mietendeckel kam flach. Das Abendland wird untergehen, wenn Renditeerwartungen nicht exponentiell steigen – ok. Und überhaupt, wenn man in Buch Wohnungen baut, dann wird's im Heineviertel auch wieder billiger – ok.**

Alles geschenkt, das war so zu erwarten. Als der geneigte Beobachter sich darauf vorbereitet hat, dass ein juristisches Gutachten die Verschiebung der Erdrotationsachse infolge der Einführung des Mietendeckels proklamieren wird, kam etwas, das Spuren von Denken enthielt. Von irgendwo rief irgendwer: lasst die Gesetzgeberei, die Bezirke haben doch keine Mitarbeitenden!

Nun gut, auch dieses Argument ist dumm und geht haarscharf an der Sache vorbei. Doch es weist auf ein grundlegendes Problem für Die Linke als landespolitischer Akteur und unsere kommunalpolitischen Gestaltungs-

ansprüche hin, das ernster nicht sein könnte. In den Bezirksverwaltungen mangelt es an allem, insbesondere aber an Personal. Auch mit dem neuen Haushalt 2020/21 sind die Bezirksverwaltungen weit davon entfernt, eine Personalstärke zu erreichen, wie sie vor den großen Sparjahren bei einer geringeren Bevölkerung war. Zusätzlich stehen in den nächsten Jahren grundlegende Strukturveränderungen an, deren vernünftige Gestaltung eben eines bedarf: geschultes Personal, das in trockenen Räumen mit Computern sitzt.

Für die kommenden Jahre, in denen wir Berlin mit konsequenter linker Politik umgestalten wollen, müssen wir unser Instrument Verwaltung verbessern. Das neoliberale Dogma bringt uns in naher Zukunft die Schuldenbremse. Unter dieser Bedingung werden Landes- und Kommunalpolitik nur noch Erklärübungen des eigenen Scheiterns sein. Es ist an uns, unsere Partei auf allen Ebenen zusammenzubringen,

die Verunsicherung des bürgerlichen Lagers zu nutzen und die Schuldenbremse zu attackieren und zu verhindern. Wir müssen uns bei gemeinsamen Projekten wie der Förderung von Vorhaben von BürgerInnen-Initiativen zwischen Kommunal- und Landesparlament sowie Bezirks- und Landesverwaltung zusammensetzen, Handlungsspielräume offenlegen, erweitern und gemeinsam vorankommen. Die Grenzen der Verwaltung bergen die Gefahr, den handlungswilligen Freund nur noch als Blockierer, nicht als Gehemmtten, der Unterstützung benötigt, zu sehen. Und schließlich müssen wir uns klar sein, dass wir unsere Parteistrukturen intensiver denn je für die Politische Bildung im Bereich Kommunal- und Landespolitik nutzen müssen – hier ist insbesondere die Jugend gefragt.

Wer regieren will, muss es können: das Instrument verstehen und den Willen aufbringen, es zu nutzen.

**Falk Höpfner**

## Der Mietendeckel kommt! – Was lief in Mitte?

**Nach schwierigen Verhandlungen hat sich der Senat beim Mietendeckel geeinigt. Ein wahnsinniger Erfolg, denn nicht nur das Fortbestehen der Koalition ist damit gesichert, sondern auch der Schutz von tausenden Mieter\*innen vor Spekulationsmieten.**

Dass der Gesetzentwurf eine linke Handschrift trägt, verdanken wir natürlich allen beteiligten Genoss\*innen aus Abgeordnetenhaus und Senatsverwaltung, die mit ihrem Durchhaltevermögen die Einigung erst ermöglichten.

Aber auch wenn wir als engagierte Basismitgliedern weit weg waren von den Verhandlungstischen, so haben wir immerhin den

Druck von der Straße unterstützen können. Besonders zur Mietendemo, die gut organisiert und besucht war, war gefühlt der ganze Bezirksverband dabei. Die Demo war bunt, laut und viele Demonstrant\*innen brachten ihren Topfdeckel als Symbol mit.

Darüber hinaus haben wir als Mitte-Jugend am 12. Oktober eine Infoveranstaltung am Leopoldplatz im Wedding organisiert. Das sonnige Oktoberwetter lud dazu ein, unser bewährtes „Rote Sofa“ aufzubauen und Passant\*innen auf den aktuellen Stand des Mietendeckels zu bringen. Neben Infos gab es zur Auflockerung selbst gemachtes Popcorn und Kinderpunsch. Kurzum, ein erfolgreicher Tag mit guten Gesprächen! Beim Basistreffen,

zu dem unsere Vorsitzenden Zhana und Thilo eingeladen hatten, diskutierten Ramona Reiser, Tobias Schulze und Christian Petermann über alle aktuellen Inhalte des Mietendeckels und deren Konsequenzen, nachdem die Einigung des Senats zwei Tage zuvor geschafft war. Besonders Ramonas Blickwinkel als Stadträtin für Bürgerdienste war spannend, da das Bezirksamt bei der verwaltungstechnischen Umsetzung des Mietendeckels noch zusätzlich belastet wird. Auch Tobias' Erzählungen wurde gespannt zugehört, denn er war bei allen drei Verhandlungstagen der Koalition dabei und konnte einiges berichten. Lest selbst auf Seite 1!

**Paul Keydel**

Fortsetzung von Seite 1: Der Mietendeckel gegen Verdrängung und Ausverkauf der Stadt

### Was sieht der Gesetzentwurf zum Mietendeckel genau vor?

**1 |** Die laufenden Mieten werden eingefroren, Mieterhöhungen nach BGB sind für fünf Jahre nicht möglich. Erst ab 2022 darf eine Erhöhung nach Inflationsindex um 1,3 Prozent pro Jahr erfolgen. Diese Deckelung soll rückwirkend ab Beschluss der Senatspunkte am 18.6.2019 gelten.

**2 |** Bei der Wiedervermietung von Wohnungen ist die Vormiete anzusetzen. Liegt diese höher als die Mietobergrenzen der Preistabelle, ist die Miete aus der Tabelle anzusetzen. Werden Wohnungen über den Mietobergrenzen angeboten, können Mieter\*innen diese per Amtsverfügung abschenken. Bei besonders niedrigen Mieten unter 5 Euro haben Vermieter Möglichkeiten des Aufschlags von maximal 1 Euro bis zu der Obergrenze von 5 Euro.

**3 |** Neun Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, also voraussichtlich Ende dieses Jahres, werden auch Bestandsmieter Anträge auf Kappung von überhöhten Mieten stellen können. Mieten sind laut Gesetzentwurf dann als überhöht anzusehen, wenn sie 120 Prozent der Tabellenmiete übersteigen. Sie können dann per Amtsverfügung auf diese 120 Prozent abgesenkt werden. Bei der Kappung von Bestandsmieten werden auch Lagekriterien senkend bzw. erhöhend in Anschlag gebracht.

## Menschen in Mitte

Stephan Jegielka:

# Ohne grundsätzliche Analyse keine Strategie

**W**enn Kanzlerin Merkel jetzt aufrief, die Ostdeutschen nach 29 Jahren Zusammenschluss besser zu verstehen, fragt Stephan Jegielka, warum das DIE LINKE bisher nicht geschafft hat, warum hingegen die AfD bei den Nichtverstandenen so viele Stimmen holt.



Stephan Jegielka

„Um eine grundsätzliche Analyse unserer Situation kommen wir nicht herum“, betont der 44-jährige Inhaber des Diploms für Informationswissenschaften und des Magisters für neuere Geschichte. „Das Erfurter Programm von 2011 nennt unsere Grundprinzipien gute Arbeit, soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden. Unser zutiefst gespaltenes Land braucht eine soziale Wende, um die Einheit zu vollenden. Wir waren einmal Protestpartei, jetzt wollen rechte Demagogen diese Rolle spielen.“

In den vergangenen Jahrzehnten sei der Osten deutlich Probierfeld für sozialen Abbau gewesen. „Wo war da unsere Partei?“, fragt Stephan Jegielka. Er ist einer der Bundessprecher der Kommunistischen Plattform (KPF) der DIE LINKE. Gefehlt hätten eigene Thematisierung, nachhaltige Kampagnen, und nicht immer sei die Partei konsequent bei der Durchsetzung ihrer Grundsätze gewesen. „Und versteht auch wirklich jeder unsere Sprache, ist sie nicht zu intellektuell?“

Der gebürtige Cottbuser sieht die KPF als unabkömmlichen Bestandteil der Partei DIE LINKE. „In der Basis von Berlin-Mitte, bei

Hauptversammlungen und auf Parteitaggen verweisen wir auf historische Erfahrungen und nennen Ausbeutung Ausbeutung und Imperialismus Imperialismus, berufen uns auf Marx und Engels“. Er denkt gern an seinen Opa, der ihm in seiner Kindheit oft von Krieg, Faschismus, aber auch von der Oktoberrevolution und vom hoffnungsvollen Aufbau der DDR erzählte. „Als ich an der Berliner TU zum Thema Verquickung von Hitler-Regime und Daimler-Benz promovieren wollte, wurde dort wie auch an anderen Hochschulen wegen des marxistischen Ansatzes eine wissenschaftliche Betreuung abgelehnt.“

Nach seinem Studium in Potsdam und Berlin arbeitete er als Tutor für Studenten, wirkte im Online-Medienbereich, war in der Verwaltung des Deutsch-Russischen Museums in Karlshorst tätig. Seit einigen Jahren ist er Mitarbeiter beim Lebensmittelhändler Kaiser's, heute Edeka, am Heinrich-Heine-Platz, wehrte sich gegen ungerechte Bezahlung, kämpft für Tariflohn. Stephan will noch aktiver für seine Partei wirken. Er könnte sich vorstellen, Mitglied der nächsten Bezirksverordnetenversammlung von Mitte und wieder Delegierter zum Bundesparteitag in Erfurt zu werden. Er ist überzeugt, DIE LINKE, deren Wähler und Sympathisanten brauchen klares und wirksames antikapitalistisches Handeln für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, gegen die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich und eine konsequente Kraft für den Frieden. „Dafür bin ich in dieser Partei.“

Matthias Herold

## Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39  
13353 Berlin – Wedding  
Tel.: 030 – 547 13 449  
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)  
buero.schulze@linksfraktion.berlin

### Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr  
Mittwoch 13 – 18 Uhr  
Und nach Vereinbarung!

[www.sprengbuero.de](http://www.sprengbuero.de)

[www.tobiasschulze.berlin](http://www.tobiasschulze.berlin)

Twitter: @sprengbuero

## Kurznachrichten

### ► Der September 2019 war global der wärmste

seit dem Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1880. Nur der September 2015 kam auf das ebenso hohe Ergebnis. Das ermittelte die US-Klimabehörde NOAA. In den beiden Monaten betrug die weltweite Durchschnittstemperatur über Land- und Ozeanflächen 15,95 Grad Celsius. Das sind 0,95 Grad mehr als im Durchschnitt des gesamten 20. Jahrhunderts. Aber Präsident Trump glaubt seiner Behörde nicht. Für ihn sind das „fake news“. Vielleicht bekommt seine Behörde demnächst einen neuen Boss . . . ?

### ► Wachsendes Luftfahrt-drehkeuz Leipzig/Halle

Dort hat sich der Cargo-Verkehr seit 2007 verzehnfacht und ist damit nach Frankfurt/Main zum zweitgrößten Frachtflughafen in Deutschland geworden. In Europa behauptet er den fünften Platz. Über fünfzig Frachtfluglinien steuern ihn an. Rund zehntausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dort ihren Arbeitsplatz.

### ► 3000 Jahre alte Holzsärgen in Ägypten entdeckt

In archäologischen Friedhofsanlagen bei Luxor haben die ägyptischen Wissenschaftler 30 bunt bemalte Holzsärgen gefunden. Darin lagen Mumien von weiblichen und männlichen Priestern und von Kindern. Einen so großen Fund menschlicher Särgen hat es erstmals seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wieder gegeben.

### ► New York – Sydney in 19 Stunden, 16 Minuten

Die australische Fluggesellschaft Qantas schickte eine Boeing 787-9 auf den 16.200 km weiten Flug. An Bord des längsten Passagierflugs waren 45 Passagiere und die Crew. Es sollten wissenschaftliche Erkenntnisse über Auswirkungen langer Flugzeiten gewonnen werden.

### ► Nahe Rostock liegt die „Allee des Jahres“

Es ist die Roßkastanienallee zwischen Eichelberg und Eichhof im Landkreis Rostock. Die Jury wählte sie bundesweit aus 252 Motiven aus. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) richtet diese Wahl alljährlich aus.

## Bei anderen gelesen

### ► Chance Mietendeckel

Der Berliner Senat hat den Mietendeckel beschlossen. Bei aller berechtigten Kritik. Die auf fünf Jahre angelegte Maßnahme ist unter dem Strich eine Chance, wenn sie denn genutzt wird, um endlich mehr Wohnraum zu erhalten.

„Cicero“, 22.10.2019

### ► Aufarbeitung des „Entjudungsinstituts“ zu spät

Die Gründe der jahrelang ausgebliebenen Aufarbeitung der Geschichte des „Entjudungsinstituts“ sind auch ein Spiegel dafür, mit welchen Mitteln Deutsche nach Kriegsende über Jahrzehnte hinweg ihre Rolle im NS-Regime kleinzureden oder umzudeuten versuchten.

„Neues Deutschland“, 12./13.10.2019

### ► AKK Erfüllungsgehilfin Erdogans

Die Einrichtung einer international kontrollierten Sicherheitszone in Syrien unter Einbeziehung der Türkei und Russland schlug AKK vor, wobei sie den Einsatz deutscher Soldaten nicht ausschließt. Anstatt für ein offizielles Waffen-Embargo und wirtschaftliche Sanktionen zu wirken, hat die Bundesregierung in der EU massiv gegen einen entsprechenden Beschluss gearbeitet. Annegret Kramp-Karrenbauer will sich zur Erfüllungsgehilfin Erdogans machen. Das kann nicht akzeptiert werden.

„Die Zeit“, Ausgabe 43/2019.

## Sprechzeiten der

## Bezirksvorsitzenden

### Jeden Mittwoch findet von 15 bis 19 Uhr

eine Sprechstunde der

### Bezirksvorsitzenden Zhana Jung

in der Geschäftsstelle für alle Genoss\*innen, Sympathisant\*innen und Interessent\*innen statt.

### Karl-Liebknecht-Haus,

Zimmer 113,  
Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

# Wohnungsgenossenschaftsmitglieder gegen Vorstandskampagne

## Diskussion am 3.12. im Weddinger Schraderhaus zum Mietendeckel

**A**m 3. Dezember 19.00 Uhr wird im Schraderhaus, Malplaquetstr. 15b im Wedding, eine Diskussion zu der Kampagne stattfinden, die von Wohnungsgenossenschaftsvorständen für teures Geld gegen den Mietendeckel lanciert wurde. Der Diskussionsabend wird von der LINKEN im Wedding organisiert, um endlich eine sachliche Auseinandersetzung zu ermöglichen.



Karl-Schrader-Haus, Malplaquetstraße 14-16

FOTO: Schliwiju, CC-BY-SA 0.4

Der Schradersaal im Genossenschaftsgebäude der Berliner Baugenossenschaft (bbg) hat eine lange Tradition im Wedding. Karl Schrader (1834 – 1913) war der Begründer der bbg; es ist sehr sicher, wie er zu den jüngsten Schachzügen und vorgeschobenen Argumenten der gegenwärtigen bbg stehen würde. Damals war die massenhaft nach Berlin strömende Arbeiterschaft noch viel direkter der Willkür von Vermieterseite ausgeliefert. Umso nötiger eine sozial orientierte Baugenossenschaft, die erste in Berlin.

Die Genossenschaftsidee steht für eine demokratische Form gesellschaftlicher Selbstorganisation – gegen Wohnraum als Ware und Spekulationsobjekt. Warum haben sich Dachverbände, vor allem der Verein der Wohnungsbaugenossenschaften, zu Wortführern der Verteidiger eines enthemmten Marktes

machen lassen? Erst wurde ein bekennender Neoliberaler für ein Gutachten gegen die Enteignungskampagne bezahlt, dann wurden auch noch teure Anzeigen geschaltet sowie Glanzpapierflyer in Größenordnungen gedruckt, auf denen suggeriert wurde, mit dem Mietendeckel drohe der Untergang des deutschen Genossenschaftswesens.

Man fragt sich, in welchem Ausmaß die Genossenschaften die Mieten eigentlich in den nächsten Jahren hätten erhöhen wollen, wenn sie die für sie vorgeschlagene Begrenzung auf 1,3 Prozent pro Jahr als Zumutung empfinden. Außerdem sieht das Gesetz eine Härtefallregelung als Absicherung vor. Insgesamt hat der rot-rot-grüne Senat die Regelungen hinsichtlich der Genossenschaften besonders sorgfältig entworfen, so dass sichergestellt werden kann, dass auch mit dem Mietendeckel eine vernünftige, nachhaltige und ökologische Sanierung möglich ist.

Anstatt diese Fragen gemeinsam zu diskutieren, haben sich Vorstände von Genossenschaften sogar vorbehaltlos hinter die Argumente privater Wohnungskonzerne gestellt. Wohnungsgenossenschaften sollten ihre Interessen jedoch nicht von denen der Millionen Mieter\*innen entkoppeln. Und vor allem haben Genossenschaftsmitglieder ein Recht auf ehrliche Antworten.

**Rainer Scholz**

**BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF**  
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon (030) 22 49 45 77  
kontakt@carola-blum.de / www.carola-blum.de  
**Sozial- und Mietenberatung**  
Do 17-18 Uhr: 7.11. / 21.11. / 5.12. / 19.12.

### Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an [info@die-linke-berlin-mitte.de](mailto:info@die-linke-berlin-mitte.de)

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

# Der goldene Herbst

**N**agelstudios, Barbershops, Minibreweries, Schnapsbrennereien, Veganes, Rohkost - alles ist da und Englisch längst Zusatzgangssprache in Mittes Mitte. QA, also Question/Answer, heißt die App des Ordnungsamts, die meine Wut über Dreckhalden aufnimmt. Ist alles weggeräumt, leuchtet die Handy-Bearbeitungs-Ampel grün. Aber warum sammelt die BSR nicht wie früher den Sperrmüll ein?

Überall Veränderungen. Am Tacheles-Gelände wachsen erste Etagen, am Weinbergsweg und in der Brunnenstraße lässt sich beim Backen zusehen, koreanische Speisen und japanischer Kuchen bereichern Berlins Asiaküche, auf Spielplätzen wimmelt die übernächste Generation. Was bleibt sind Straßendreck, Verkehrschaos und Obdachlose. Die Stimmung ist gereizt. Zwei Fahrradstreifen für die Invalidenstraße? Die Torstraße bleibt Rennstrecke? Fünf bis 10 Jahre dauert's bis zum längeren Fußgängergrün? Rosenthaler Platz, Hackescher Markt, Oranienburger Tor/Friedrichstraße sind heute gefährlich! Gerade ebbt der Auto-Frust ab, dem Stadtverkehr sind Fußgänger lästig, die Umwelt wartet ungeduldig auf geistige und physische Er-

neuerung. Es dunkelt früh. Der Herbst, gülden warm, das Laub bunt, daraus wird Berlins „Indian Summer“, bald rutschen wir auf glitschigen Blättern. Herrlich herbstlich war das „Festival of Lights“, ein Lichtspektakel mit Flaniermeilen, Farben, Tönen und zehntausenden Spaziergängern, Gebäude, Straßen und Plätze zeigten vergessenes Stadtflair. Zwischen Nikolaiviertel und Gendarmenmarkt waren Biergärten voll, Lichtzauberei verzückte, am stattlichen Neubau zwischen Spree und Karl-Liebknecht-Straße flimmerte Vor-Vorgeschichte. Hier stand vor 100 Jahren ein prächtiges Gründerzeit-Hotel. Das war, als der bessere deutsche Mann Gehrock trug und Juden nicht leiden konnte. Jetzt naht der 9. November. Denken wir auch an 1918, 1923, 1938! 50 Jahre nach dem „Kristallnacht“-Pogrom von 1938 verkündeten 1988 Partei und Regierung der DDR in der Oranienburger Straße vor Menschenmassen den Aufbau der Synagogenruine. 1989 sprach hier der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Ostberlin über aktuelle jüdenfeindliche Übergriffe. Dann fiel die Mauer. 2019



Warten auf grünes Ampelmännchen

formierte sich, überstrahlt von der altneuen Goldkuppel, im Oktober eine Menschenkette zum Symbolschutz des teilrekonstruierten Gotteshauses, heute vor allem Museum. Der jüdische Alltag fehlt, die Gegend prosperiert. Das kann nur besser werden!

**Irene Runge**

## E-Scooter erobern die Straßen von Mitte

# Neoliberale E-Mobilität

**S**eit elektrisch betriebene Tretroller, genannt „E-Scooter“, im Juni bundesweit für den Verkehr zugelassen wurden, herrscht ein wahrer Goldrausch unter den Unternehmen, die die Roller vermieten (euphemistisch „Sharing“ genannt, als würden die Geräte gratis „verliehen“). Die Firmen schmeißen die E-Scooter im Konkurrenzkampf regelrecht auf die Straßen. Nach RBB-Recherchen (offizielle Zahlen geben die Firmen nicht heraus) standen Ende August 9.050 in Berlin, davon 3.800 im Bezirk Mitte.

Anders als Bundesverkehrsminister Scheuer behauptet, sind die Scooter keine „echte zusätzliche Alternative zum Auto“, sondern werden vor allem von Touristen für innerstädtische, fußläufig erreichbare Kurzstrecken genutzt. In den Außenbezirken sind sie dagegen kaum zu finden.

Kristian Ronneburg, Abgeordneter der LINKEN, schlug darum im Juni folgendes Mo-

dell vor: Will ein Unternehmen in der Innenstadt eine bestimmte Zahl Mietfahrzeuge betreiben, muss es dafür auch in den Außenbezirken eine Mindestzahl anbieten. Doch die Verkehrsverwaltung entschied sich vorerst nur für rechtlich nicht bindende Abmachungen mit den Mietfirmen, um zumindest das Abstellen auf Gehwegen und an sensiblen Orten wie dem Holocaust-Mahnmal zu verhindern.

Andere Städte gehen weiter: So hat Madrid eine begrenzte Zahl von Lizenzen für Miet-Scooter ausgeschrieben, auf die Anbieter sich bewerben können. Bremen wertet die Scooter-Vermietung als Sondernutzung des Straßenlandes, die Genehmigung ist an Auflagen geknüpft.

Dabei ist das Geschäftsmodell der Verleiher durch und durch neoliberal. Kosten und Risiken werden soweit wie möglich auf die Beschäftigten und die Allgemeinheit verlagert, um die private Profitaneignung zu maximie-



Geschwader blockieren Gehwege

ren. Der öffentliche Raum wird als kostenlose Geschäftsfläche genutzt und Scooter reihenweise auf Gehwegen, in Parks usw. abgestellt. Unternehmen wie „Lime“ und „Voi“ lassen die Roller von Scheinselbständigen aufladen, die Auto und Strom selbst stellen und eine Handvoll Euro pro Ladung erhalten.

Solange die Vermieter nicht mittels verbindlicher Regeln auf stadt- und sozialverträgliches Geschäftsgebaren festgelegt werden, sind E-Scooter also definitiv nicht Teil eines fortschrittlichen Mobilitätskonzepts.

**Markus Wollina**

## Aus dem Abgeordnetenhaus

# Klima, Zeichen, setzen

**A**m 20. September fand in Deutschland die bislang größte Klima-Demonstration statt. Am gleichen Tag präsentierte die Bundesregierung ihr Klima-Paket – eine Mogelpackung (möglichst großer Karton, wenig Inhalt).

Einen Monat vor der ermutigenden und aufrüttelnden Klima-Rettungs-Demonstration hatte die Berliner Linksfraktion des Abgeordnetenhaus ein Papier verabschiedet, das den Titel „Sozial und ökologisch: Klimaschutz in Berlin stärken!“ trägt. In der Präambel steht das Versprechen, dass wir innerhalb der Koalition eine aktive, eine treibende Rolle spielen werden, um die gesetzten Klimaziele einzuhalten. Wir haben den Auftrag, das zu tun, denn 54 Prozent aller 18-25-Jährigen sagen, die Klimakrise sei für sie das wichtigste politische Thema.

Berlin sei, so schätzen wir ein, noch nicht auf dem Weg, die Klimaziele zu erreichen. Seit 2011 stagnieren die CO<sub>2</sub>-Emissionen, heißt, es wird nicht weniger. Im Jahr 2050 aber wollen wir im Vergleich zu 1990 das Reduktionsziel 95 Prozent erreicht haben. Die Linksfraktion

im Bundestag hat den Antrag eingebracht, wie andere europäische Länder und Kommunen den Klimanotstand auszurufen. Ein schwieriger Begriff, wenn er beinhalten sollte, dass demokratische- und Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Aber Not ist.

Wir wollen uns für eine Änderung des Energiewendegesetzes einsetzen und das Reduktionsziel auf 95 Prozent anheben. Wir wollen, dass in der Bauordnung und im Energiewendegesetz eine Solarpflicht verankert wird, deren Kosten nicht auf die Mieter\*innen umgelegt werden darf. Wir wollen ein Landeswärmegesetz, das Vorgaben für die Nutzung erneuerbarer Energien im Gebäudebestand und eine Regulierung der Fernwärme enthält. Wir halten an der Idee des 365-Euro-Tickets nach dem Vorbild der Stadt Wien fest und betrachten dies als Vorstufe für einen langfristig fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr. Wir wollen unversiegelte Flächen und Grün, Gärten, Parks, Wälder, Kleingärten, Straßenbäume schützen, Fassaden- und Dachbegrünung und Regenwassernutzung fördern,



Lebensmittelverschwendung verringern und den Anteil regionaler und saisonaler Lebensmittel steigern.

Und für all das wollen wir die Haushaltsmittel deutlich erhöhen. Es ist keine Panikmache, zu sagen: Uns bleibt nicht viel Zeit. Der Klimawandel ist nicht Zukunft, sondern Gegenwart. Viele Maßnahmen, die wir vorschlagen und ergreifen, sind bereits darauf ausgerichtet, mit den Folgen dieses Wandels umzugehen. Wir können und müssen über alles diskutieren. Nur nicht darüber, nichts zu tun.

**Carola Bluhm,**  
Vorsitzende der Linksfraktion  
im Berliner AGH

## 100 Jahre rotes Wien

# Hauptstadt höchster Lebensqualität

**W**enn man nach Wien kommt, merkt man gleich den Unterschied. Im Vergleich zur deutschen Hauptstadt sind die Menschen auf der Straße und im Verkehr viel freundlicher und entspannter. Obwohl sich in der Wiener Innenstadt eine Vielzahl von Touristen tummelt, wird dort mit Gelassenheit und einem Lächeln deren raumgreifendes Auftreten toleriert.

Vielleicht liegt es daran, dass die Wiener\*innen nicht von ständig steigenden Mieten, Sorge vor Verdrängung und Wohnungsnot betroffen sind. In Wien leben 500 000 Menschen in den sogenannten „Gemeindewohnungen“ der Stadt. Das ist ca. 31% des Wohnungsbestandes und damit ist die Stadt Wien der größte Immobilienbesitzer Europas. In Wien wohnt nicht nur die Familie der Krankenschwester im Gemeindebau sondern auch die der Ärztin.

Weitere 31% der Wiener Bevölkerung wohnen in preisgebundenen Mietwohnungen und müssen auch keine brutalen Preistreiberien bei der Miete befürchten. Damit sind knapp Zweidrittel der Einwohner vor unberechtigter

Mieterhöhung geschützt und dieser große Anteil hat eine dämpfende Wirkung auf die restliche Mietentwicklung.

Seit dem Ende der Monarchie im Jahre 1918 wird Wien (mit Ausnahme der Zeit des Faschismus) von einer linken Stadtregierung verwaltet. Schon in den 20er und 30er Jahren wurde sozialer Wohnungsbau betrieben und z.B. der bekannte „Karl-Marx-Hof“ errichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich der soziale Wohnungsbau im großen Stil fort. Es wurden die bekannten Wohnanlagen mit den Schwimmbädern auf dem Dach für die Mieter\*innen errichtet. Im Gegensatz zu vielen Kommunen in Deutschland hat die sozialdemokratische Wiener Stadtregierung dem „neoliberalen Zeitgeist“ um die Jahrtausendwende standgehalten und den öffentlichen Wohnungsbestand nicht verkauft. Deshalb feiern jetzt die Wiener zu Recht

„100 Jahre rotes Wien“.

Was einem Besucher in Wien noch auffällt, ist die breiter aufgestellte Ladenlandschaft. In der Innenstadt fehlen die großen Kaufhäuser



Sozialer Wohnungsbau im großen Stil

und es gibt im Gegensatz zu Berlin noch eine sehr kleinteilige Struktur des Einzelhandels. Eine Vielzahl von Metzgereien, Eisenwarenhandlungen und anderer kleiner Geschäfte versorgen die Einwohner wohnortnah, daher benötigen auch die Lebensmittelläden in der Innenstadt keine Parkplätze.

Beim Städtevergleich hat Berlin nur beim Straßengrün die Nase vorn. Wegen der engeren Straßen sind in Wien Straßenbäume viel seltener. Aber das scheint die Lebensqualität der Wiener nicht zu schmälern.

**Thomas Licher**

## Das ist das Letzte

**D**ie letzten Festreden zum Mauerfall und Abriss der DDR sind noch längst nicht gehalten. Aber auffällig ist schon, dass vor 30 Jahren mehr Leute begeistert waren als heute. Das kennt man ja von manchen Ehen. Erst ist man von äußeren Vorzügen geblendet, doch wenn man sich besser kennt, geht man auf Distanz, denn Charakter und Verlässlichkeit zählen mehr im Leben.

Frage: Sind Sie angekommen in der freien Welt? Waren drei Jahrzehnte nicht genug, um den mütterlichen Teil Ihres Vaterlandes zu vergessen?

Ich weiß, da sind nicht nur alte Wunden offen – auch neue! 8.000 kleine und große Betriebe wurden verschertelt. Das hat vier Millionen Arbeitslose und ausgelöschte Qualifikationen und Gewohnheiten gebracht. Doch dafür haben wir jetzt die meisten Billiglöhne, die dicksten Geländewagen und schnellsten Autobahnen in Europa – wenn kein Stau stöhnt!

Früher hieß es „WIR“ und „UNSER“, heute heißt es: „Hast du was, dann bist du was! Und bist du was, dann wirst du was!“ Nur fünf Prozent der Chefsessel haben Ossid erobert! Die Planwirtschaft ist durch Horoskope ersetzt. Wer vor Stress und Kummer krank wird, kann nach München oder Düsseldorf fahren, da gibt es mehr Ärzte als Einwohner!

Die DDR war ein Staat mit 132 weltweiten Handelsverträgen, mit UNO-Mandat und vielen sozialen Vorzügen. Der Bonner Botschafter Gaus nannte uns „ein großes Land der kleinen Leute“. Die heutigen Amtsträger lernen jetzt erst, nicht nur Fußtritte sondern auch Streichelein an die Ossid zu verteilen. Da fehlen immer noch gleiche Löhne und Renten, auch Gemeindegewestern, Kitaplätze und soziale Mieten. Aber dafür entdeckt nun sogar das Fernsehen, dass auch in der DDR gelebt, geliebt, geschafft und gelacht wurde.

Vielleicht kommt eines Tages auch eine Mehrzahl in Westelbien darauf, dass ein friedlicher Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse durchaus nötig und möglich wäre, sobald die Mauern in den Köpfen abgeräumt sind?

Arthur Paul

### Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte  
der Partei DIE LINKE  
Geschäftsstelle:  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337  
E-Mail-Adresse:  
info@die-linke-berlin-mitte.de  
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de  
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs  
Satz + Druck:  
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 25.09.2019  
Ausgabetag für Nr. 11/2019 - 07.11.2019

## Happy Birthday – 25 Jahre Freizeit- und Begegnungsstätte Spandauer Straße

**K**ennt ihr die Spandauer Straße 2? Das ist so ein großes, in den 70ern gebautes Wohnhaus zwischen Neptunbrunnen und Hackeschem Markt.

Dort befindet sich seit 25 Jahren eine Freizeit- und Begegnungsstätte, die von den Bewohner\*innen des Hauses und der Umgebung ehrenamtlich betrieben wird. Die Wohnungsbaugesellschaft Mitte hatte damals die früher als Keller genutzten Räume auf dem „Zwischendeck“ des Hauses ausgebaut – Toilette, Garderobe, kleines Büro und großer Aufenthaltsraum. Das Bezirksamt mietete diese Räume, stattete sie aus und übergab sie einer Gruppe engagierter Menschen, die meis-

ten davon Hausbewohner\*innen. Sie wollten den Ort als Treffpunkt für sich und die Anwohner\*innen der Umgebung nutzen. Es wurden ein Programm entwickelt und Angebote geschaffen. Die jeden Dienstag und Freitag stattfindenden Skat- und Canasta-Runden gab es damals schon, anderes wechselte im Laufe der Jahre. Neues kam hinzu – Sportangebote, Bastelnachmittage, die nach der sinnlosen Schließung der Begegnungsstätte „Spittelkolonnaden“ in der Leipziger Straße

ohne Räume verbliebenen Tanzveranstaltungen mit Livemusik kann man jetzt hier erleben. Aber auch Veranstaltungen von Vereinen wie der Volkssolidarität finden in der Begegnungsstätte statt. Zirka 100 Personen nutzen wöchentlich diesen Ort. Vor einigen Jahren wurde auch diese Einrichtung vom Bezirk in Frage gestellt. Die Nutzer\*innen wehrten sich,



Blumen für die rührigen Initiator\*innen (Vierte von links – Dina Lask)

### Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

### an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)  
**LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

demonstrierten in der Bezirksverordnetenversammlung, organisierten Unterstützung. Die drohende Schließung wurde verhindert. Dass es solch eine ehrenamtlich betriebene Einrichtung gibt, ist nicht selbstverständlich. Da gab und gibt es ein Team, das sich regelmäßig trifft und die Monatspläne erstellt, das alles organisiert, koordiniert, einkauft, abrechnet und vor allem ganz viel Freizeit investiert. Diese Gruppe veränderte sich im Laufe der Jahre. Einige gingen, andere kamen hinzu. Dina Lask gehörte von Anfang an dazu. Sie ist die letzte der damaligen Gründer\*innen, die heute noch dabei ist – 25 Jahre ehrenamtliche Arbeit. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank an Dina und natürlich auch an alle anderen! Und ihr? Schaut doch mal vorbei, wenn ihr in der Nähe seid. **T.U.**

### Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- Zum 94. Helmut Rädler
- Zum 93. Günter Gumpel
- Zum 92. Waltraud Starke
- Zum 91. Jutta Nesler
- Zum 90. Dina Lask, Rosemarie Walter
- Zum 89. Heinz Fuhrmann
- Zum 87. Rudi Müller
- Zum 86. Hannelore Gürnth, Klaus Höpcke
- Zum 84. Rudolf Jürschick
- Zum 83. Dieter Neumann
- Zum 82. Irene Kraft, Heinz Schuldt
- Zum 81. Bärbel Siegmund, Günther Heimann, Wolfgang Ulke
- Zum 70. Detlef Nakath